

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends. Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34 und bei den Depots 2 M., bei allen Post-Anstalten des Deutschen Reichs 2 M. 50 Pf.

Thorner

Insertionsgebühr die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 Pf. Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34, Heinrich Neg, Koppernistsstraße.

Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Annahme auswärts: Strassburg: A. Fuhrich, Judo-Orzaglaw: J. J. Ballis, Buchhandlung, Neumark: J. Köpfe, Graubenz: Gustav Adlfe, Bautenburg: R. Jung, Gollub: Stabikammerer Kusten.

Expedition: Brückenstraße 34. Redaktion: Brückenstraße 17. Fernsprech-Anschluß Nr. 46. Insetaten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein u. Vogler, Rudolf Mosse, Bernhard Arnbt, Mohrenstr. 47, G. L. Daube u. Ko. u. sämmtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Coblentz, Frankfurt a. M., Hamburg, Kassel u. Nürnberg etc.

Der Gesekentwurf über die Gymnasiallehrer-Gehälter.

Bei der großen Erregung, welche begreiflicherweise der Entwurf eines Volksschulgesetzes in ganz Preußen und über dessen Grenzen hinaus veranlaßt hat, kann es nicht Wunder nehmen, wenn die Aufmerksamkeit sich auf andere, das allgemeine Interesse weniger in Anspruch nehmende Vorlagen nicht in gleichem Maße erstreckt. So ist über den Entwurf zum Normalstat der Gymnasien etc., der vor kurzem dem Hause der Abgeordneten zugegangen ist, die Presse bisher ziemlich schweigend hinweggegangen, obgleich auch dieser Entwurf in manchen Punkten die Kritik lebhaft herausfordert. Was zunächst die Höhe der in Aussicht gestellten Zulagen betrifft, so erscheint diese, da einmal die Forderung der Gymnasiallehrer, dem Amtsrichter gleichgestellt zu werden, von der Regierung als berechtigt nicht anerkannt wird, ziemlich unerheblich. Die Faktoren der Gesetzgebung erachten den Richter für „vornehmer“ als den Gymnasiallehrer und dabei wird es wohl einwilligen sein bemerken haben. (Nach einer neuerdings verbreiteten Aeußerung des Finanzministers stellt er letztere mit den Förstern auf eine Stufe.) Dagegen enthält der Entwurf einige Punkte, welche berechtigige Bedenken zu erregen im Stande sind. Zunächst heißt es in § 2 Nr. 3: „Die im § 1 Nr. 3 2. Absatz erwähnte feste Zulage von 900 M. wird nur bei nachgewiesener wissenschaftlicher und praktischer Tüchtigkeit gewährt, sofern eine solche Zulage frei geworden ist“; und weiter in § 6: „Die Befolgungen, die Alterszulagen sowie die festen Zulagen werden innerhalb der vorstehend angegebenen Sätze und Abstufungen vom Minister der geistlichen etc. Angelegenheiten bzw. von den damit beauftragten Provinzialschulkollegien bewilligt.“ Hier entsteht zunächst die Frage: Wer entscheidet über die wissenschaftliche Tüchtigkeit? Jeder Beamte hat sich vor der Anstellung einer Prüfung zu unterziehen; soll nun vor Gewährung der Oberlehrerzulage eine solche wiederholt werden? Noch schlimmer steht es mit der „praktischen Tüchtigkeit“. Die Entscheidung darüber liegt offenbar bei den Provinzialschulkollegien oder vielmehr bei dem technischen Mitgliede derselben, dem Provinzialschulrath. Nun wird man sich erinnern, daß vor einiger Zeit auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses geäußert wurde, es wäre wünschenswert, daß die Schwiegeröhne

der Schülerrathe nicht so sehr bevorzugt würden, worauf eine Erwiderung seitens der Regierung unseres Wissens nicht erfolgt ist. Ueber die Grundsätze, nach denen die praktische Tüchtigkeit beurtheilt wird, enthält der Entwurf kein Wort, und es wird demnach lediglich von der Persönlichkeit des Schülerraths abhängen, ob er z. B. Meinungsverschiedenheiten über pädagogische oder wissenschaftliche Fragen als Maßstab bei dieser Beurtheilung anlegt, ja nach Erfahrungen, die gar nicht so weit hinter uns liegen, könnte sogar die „Besinnungstüchtigkeit“ dabei eine Rolle spielen. Doch nicht nur die feste Zulage, sondern auch die regelmäßigen 3 bis 4jährigen Alterszulagen werden in Frage gestellt durch die weitere Bestimmung in § 6: „den Lehrern steht ein Rechtsanspruch auf Bewilligung eines bestimmten Dienstfinkommens, insbesondere auf Feststellung eines bestimmten Dienstalters oder Aufsrücken im Gehalt nicht zu.“ Wenn also einem Lehrer, der vor 20 Jahren angestellt ist, ein Dienstalter von 10 Jahren zugemessen wird, so muß er damit sich zufrieden geben. Die Begründung hat für diesen verhängnisvollen § 6 kein Wort weiter als „der § 6 entspricht den allgemeinen Verwaltungsgrundsätzen.“

Die freisinnigen Abgeordneten werden hiernach wohl zu erwägen haben, ob sie zu diesem § 6 ihre Zustimmung geben können.

Vom Reichstage.

Im Reichstag kam am Dienstag zunächst die Interpellation Frhr. v. Stauffenberg-Siegler betr. den Abschluß von Literatenkonventionen mit Amerika und Oesterreich-Ungarn zur Sprache. Der erste Theil derselben ist bereits erledigt durch eine dem Reichstage schon vorgelegte Konvention, die unmittelbar nach Erledigung der Interpellation in erster und zweiter Lesung angenommen wurde. Eine Literatenkonvention mit Oesterreich stellte Staatssekretär Frhr. v. Marschall für die nächste Session in Aussicht. Darauf wurde die Etatsberathung fortgesetzt mit dem Etat des Allgemeinen Pensionsfonds, zu dem die bekannte konservative Resolution auf Veränderung des Militärpensionsgesetzes vorlag. Generalleutnant Spitz theilte mit, daß eine Pensionsnovelle bereits in der Ausarbeitung begriffen und nur wegen der technischen Schwierigkeiten noch nicht vorgelegt sei. Abg. Richter sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Regelung der Pensionirung der Kriegsinvaliden durch die Verquickung mit dieser damit garnicht zusammenhängenden allgemeinen Novelle unnötig verzögert sei, und wandte sich sodann scharf gegen den konservativen Antrag, dessen sehr erhebliche Tragweite er eingehend beleuchtete.

Abg. Orterer (Zent.) erklärte diesen Antrag für unannehmbar. Da die Resolution durch die regierungseitig angekündigte Novelle ohnehin überflüssig war, wurde sie von den Antragstellern zurückgezogen und darauf dieser Etat sowie der Etat des Reichsinvalidenfonds angenommen. Bei dem Etat der Zölle brachte Abg. Brömel (Hr.) die Klagen des Handelsstandes über die wenig rücksichtsvolle Behandlung der Gewerbetreibenden in allen Zollfreiheiten zur Sprache, denen sich auch Abg. Goldschmidt anschloß. Bei der Berathung über den zu diesem Etat gestellten Antrag Penzer auf Erhöhung des Tabakzollvertrags vertrat sich das Haus unmittelbar nach einer Begründung durch den Antragsteller auf Mittwoch.

Vom Landtage.

Im Abgeordnetenhaus kam es am Dienstag bei der fortgesetzten Berathung des Kultus-etats zunächst zu einer Auseinandersetzung über die angebliche Bevorzugung, deren sich Berlin durch die rein staatliche Unterhaltung der Berliner Universität erfreuen soll. Die sonst so feindlichen nationalliberalen und Zentrumsbrüder vertraten in rührender Uebereinstimmung mit den konservativen Rednern den Standpunkt, die Universität mehr als Berliner Lokal- als allgemeine Landesuniversität zu betrachten, und verlangten daher einen Zuschuß der Stadt Berlin für dieselbe, namentlich für die Universitätskliniken. Von freisinniger Seite wies die Abg. Dr. Langenhans, Dr. Meyer und Dr. Hermes das Ungerechtfertigte der gegen die Berliner Verwaltung erhobenen Vorwürfe nach und zeigte durch den besonderen Hinweis auf die eigenen städtischen Krankenhäuser, daß gerade in Bezug auf die Kliniken die Stadt Berlin nicht den geringsten besonderen Vorzug genießt. Im weiteren Laufe der Berathung begannen sehr ausgedehnte Erörterungen über die höheren Lehranstalten und zwar zunächst über die bekannte Reform der Lehrpläne. Es kamen dabei für diesmal aber nur die Gegensätze über die Frage der Einheitschule zum Austrag, welche Abg. v. Schenkendorf lebhaft befürwortete, während die Abg. Dr. Graf und Kropatschek sie bekämpften. Der Kultusminister äußerte sich entgegenkommend in Bezug auf die Einheitschule, erklärte aber, daß man zunächst die Erfolge der in einzelnen Städten angestellten Versuche abwarten müsse. Auch eine Gleichberechtigung der Realgymnasien mit den humanistischen Gymnasien erklärte der Minister nicht zu ohne weiteres zurückweisen zu wollen. Die weitere Berathung wurde auf Mittwoch vertagt.

Deutsches Reich.

Berlin, 9. März. — Der Kaiser hat am Dienstag Morgen eine Spazierfahrt und eine Promenade im Thiergarten unternommen. Auf dem Rückwege

zur Stadt begab sich der Monarch nach dem Auswärtigen Amt, um daselbst den Vortrag des Staatssekretärs Freiherrn Marschall von Bieberstein zu hören und hierauf in der Wohnung des Reichskanzlers dessen erbetenen Immediatvortrag entgegenzunehmen. Nach dem königlichen Schlosse zurückgekehrt, empfing der Kaiser alsdann den Minister des königlichen Hauses zu einem kurzen Vortrage und arbeitete darauf mit dem Chef des Militärkabinetts.

— Der italienische Botschafter in Berlin scheint nunmehr bestimmt zu sein. Wie aus Rom gemeldet wird, kann die Annahme des Berliner Botschaftspostens seitens des Grafen Taverna jetzt als sicher gelten; sie soll auch dem persönlichen Wunsch des Königs entsprechen.

— Finanzminister Miquel läßt wieder einmal durch seine Offizialen die neuen Steuergesetze rühmen. Die betreffenden Artikel befinden sich beispielsweise im „Hamburgischen Korrespondenz“ und in der „Politischen Korrespondenz“. — Der Augenblick scheint freilich, bemerkt hierzu die „Freis. Ztg.“, dazu schlecht gewählt, da gerade jetzt das Widersprüchliche und die Härten des Gesetzes sich allgemein fühlbar machen, während andererseits die Mehreinnahme aus dem Gesetz für allgemeine Landesbedürfnisse nicht verwendbar ist, sodaß sogar zur Deckung der geringen Summe für die Befolgungserhöhung der Lehrer an höheren Lehranstalten das Schulgeld erhöht werden muß.

— Dunkel bleibt die Enthüllung, welche Fürst Bismarck durch die „Hamburger Nachrichten“ und die „Münchener Allg. Ztg.“ über das Erscheinen des Erzbischofs Ledochowski im Pariser Hauptquartier 1871 gemacht hat. Ledochowski, so hatten die „Hamb. Nachr.“ ausgeführt, habe Hilfe für den Papst beantragt gegen die Italiener von deutscher Seite. Es sei diese Hilfeleistung von Gegenleistungen abhängig erklärt worden. — Die „Freis. Ztg.“ warf gegenüber dem Artikel der „Hamb. Nachr.“ die Frage auf, was denn für Hilfeleistungen und Gegenleistungen hierbei in Frage gestanden hätten. Solches läßt auch ein neuer Artikel in dieser Sache in der „Münch. Allg. Ztg.“ im dunklen. Derselbe führt aus, daß damals Deutschland an der Einheit Italiens kein Interesse gehabt hätte und schließt, wie folgt: „Ueber das, was etwa zu geschehen habe, falls der päpstliche Einfluß in Frankreich sich als ein dem Abschlusse des Friedens förderlicher erwiesen hätte, haben indeß unseres Wissens

Fenilleton.

Auf neutralem Boden.

Eine friedliche Erzählung aus dem Kriegsjahre 1871. Von Dr. Julius Pasig. (Nachdruck verboten.)

1. Es war an einem schönen Nachmittag des Januar 1871. Vier Personen gingen auf dem Wege spazieren, der von Montcherand aus über eine kleine Hochfläche nach dem Juragebirge hinaufsteigt und sich dann zwischen den Bergen hinwindet, um endlich auf französisches Gebiet zu führen. Montcherand ist ein hübsches Dörfchen des Schweizer Kantons Waadt, das auf den Vorhängeln des Jura liegt und von fruchtbaren Aedern, sorgfältig gebauten Nebelgärten und prächtigen Obstgärten umgeben ist. Die Spaziergänger standen oft einige Augenblicke still, bald um mit immer neuer Bewunderung das herrliche Panorama der Alpen zu betrachten, deren zahllose schneebedeckte Gipfel klar und deutlich hervortraten und in den hellen Strahlen der Winter Sonne in wunderbarer Schönheit schimmerten, bald um auf ein fernes dumpfes Donnern zu lauschen, welches verkündigte, wie im benachbarten Frankreich noch immer die fürchterliche Geißel des Krieges die Völker züchtigte. „Die Preußen sind in einer kritischen Lage,“ sagte Frau Bertha. „Mehr als 130 000 Franzosen, voller Muth und Begeisterung, haben sich bei Belfort auf die Linie der Feinde gestürzt,

die dort sehr schwach sind, und schon zeigen sich die Franktireurs in die Nähe von Nancy. Das kann mit einem Schlage alles ändern.“ „Und so würden sich,“ fügte Fräulein Emma hinzu, „die Worte der alten Dörte, der Wahrsagerin, erfüllen, die schon vor vier oder fünf Monaten einen großen Sieg der Franzosen verkündigte.“ „So sicher ist der Sieg doch noch nicht,“ antwortete Herr Roser, „und wenn auch Eure Wahrsagerin es voraussagt, ich glaube nicht, daß unsere Deutschen so leicht weichen werden.“ „Ja so,“ fuhr Frau Bertha fort, „ich vergesse immer, daß Sie und Emma eigentlich Deutsche sind. Da wir immer französisch mit einander reden, kommt mir das oft ganz aus dem Sinn.“ „Vergestern hat die alte Dörte gesagt, es werde nächstens ein Waffenstillstand abgeschlossen, der aber für die Deutschen vortheilhafter sein werde, als für die Franzosen,“ nahm Emma wieder das Wort. „Da braucht man aber keine Wahrsagerin zu sein, um so etwas zu verkündigen!“ rief Herr Roser. „Sind nicht alle Zeitungen voll von dieser Nachricht? Es fehlt nur noch die offizielle Bestätigung. Aber wie können Sie den Worten dieser Frau noch Glauben schenken? Hat sie sich seit dem Beginn des Krieges nicht schon zwanzigmal geirrt?“ „Es kommt darauf an, wie man die Sinne ihrer Worte auffaßt.“ „Ja freilich, wenn man im Nothfalle ihre Worte so herumdreht, daß sie das gerade Gegen-

theil bedeuten von dem, was sie zu sagen scheinen, dann hat die Prophetin immer die Wahrheit gesprochen.“ „Aber es ist doch gewiß,“ entgegnete Emma, „daß sie einem manches zu sagen weiß, was sonst allen verborgen ist.“ „Und hat sie nicht auch schon Kranke geheilt?“ fügt Frau Bertha hinzu. „Ob sie schon Jemanden geheilt hat, das weiß ich nicht,“ erwiderte Herr Roser. „Jedenfalls aber läßt sie sich ihre sogenannten Heilmittel theuer genug bezahlen, 50 Centimes jedes Blättchen, und wenigstens drei muß man jeden Tag nehmen. Und wenn es dem Kranken nicht besser geht, so ist sein Unglaube Schuld daran.“ „Diese Blättchen kommen aber von einer sehr seltenen Alpenpflanze, die sonst Niemand kennt, und müssen in gewissen Nächten auf den höchsten Berggipfeln unter den größten Gefahren gepflückt werden. Es ist mehr als billig, wenn die arme Alte von den Reichen etwas verlangt, den Armen giebt sie die Blättchen umsonst, wenn sie dieselben brauchen. Sie nimmt überhaupt von ärmeren Leuten nie Geld an.“ „Aber doch ein fettes Hühnchen, ein Duzend Eier oder wenige Pfund Butter, und das ist am Ende mehr werth, als der gewöhnliche Preis der Konsultation,“ fuhr Herr Roser fort. „Wenn sich die Leute dankbar zeigen wollen und ihr irgend ein kleines Geschenk anbieten, kann sie es doch nicht zurückweisen. Das würde den armen Leuten wehe thun.“

„Wie dem auch sei,“ sprach Herr Roser in ernstem Ton, „ich muß Ihnen aufrichtig sagen, Sie haben Unrecht, der Wahrsagerin so viel Vertrauen zu schenken. Sie ist ein durchtriebene, betrügerisches Weib.“ 2. Der geneigte Leser wolle entschuldigen, daß ich ihm die Personen dieser Geschichte noch nicht vorgestellt habe. Das Versäumte soll sogleich nachgeholt werden. Frau Bertha, die ungefähr 30—35 Jahre zählen mochte, war ziemlich früh als Witwe nach Deutschland gekommen, wo sie etwa ein Jahrzehnt zubrachte. Nach ihrer Rückkehr in ihre Schweizer Heimath hatte sie einen begüterten Landwirth, Jakob Blanc aus Montcherand geheiratet, mit dem sie in recht glücklicher Ehe lebte, da er sich ganz von ihr, die mehr Bildung und Weltkenntniß besaß, leiten ließ. Fräulein Emma, ein achtzehnjähriges Mädchen, ist eine Deutsche von Geburt. Da sie aber ihre Mutter, eine Freundin der Frau Bertha, verloren und keine anderen Verwandten mehr in Deutschland hat, — ihr Vater war schon früher gestorben — so ist sie nach dem Willen ihrer Mutter bei Frau Bertha untergebracht worden. Der Aufenthalt in der französischen Schweiz hatte einen merkwürdigen Einfluß auf das Mädchen ausgeübt; ihr blaues Auge ihr ganzer Charakter hatte etwas sentimentales, durch ihre Umgebung aber war sie lebhaft, und feuriger geworden, sodaß sie eine recht anziehende Erscheinung war. (Fortf. folgt.)

